

COVID-19 und die Menschenrechte

APRIL 2020

Deutsche Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York (DÜD-VN).

Fragen zur Übersetzung sind an den DÜD-VN zu richten, der die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Übersetzung übernimmt.

Copyright © Vereinte Nationen

Sie lenken den Fokus auf den Menschen und führen zu besseren Ergebnissen

Warum sind die Menschenrechte bei den Maßnahmen gegen COVID-19 so wichtig?

Die Welt erlebt derzeit eine beispiellose Krise. Im Mittelpunkt steht ein weltweiter Gesundheitsnotstand, wie es ihn in diesem Ausmaß seit einem Jahrhundert nicht gegeben hat und der weltweite Gegenmaßnahmen mit weitreichenden Folgen für unser wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Leben erfordert. Vorrang hat dabei das Ziel, Leben zu retten.

Angesichts der Ausnahmesituation und um Leben zu erhalten, bleibt den Ländern keine andere Wahl, als außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Weitreichende Ausgangsbeschränkungen, die die Übertragung des Virus verlangsamen sollen, schränken notwendigerweise die Bewegungsfreiheit ein und damit auch viele andere Menschenrechte. Solche Maßnahmen können unbeabsichtigt die Existenzgrundlagen und die Sicherheit der Menschen, ihren Zugang zu medizinischer Versorgung (nicht nur b-9 (i)-7.er As(e)l.8 (n)-1D.3 8criah3-11.8 (r)-15.2 (u)-11.4(n)-nrinzaorer V(e)-6.1 (6)-7.8

anhaltender Krisen, insbesondere bewaffneter
@dc ^iZ!°oj h ioαX] j ciZg9gj X`#9Z`8DK>9"& "

Der Generalsekretär forderte in seinem jüngsten [Aufruf zum Handeln für die Menschenrechte](#), diese auch in Krisenzeiten in den Mittelpunkt der Maßnahmen der Vereinten Nationen zu stellen, und unterstrich Folgendes:

Ziel der vorliegenden Publikation ist es, diesen Aufruf in konkretes Handeln umzusetzen, um bei den Maßnahmen gegen die Pandemie zu helfen. Sie enthält sechs Kernaussagen, die im Zentrum eines wirksamen Vorgehens gegen die COVID-19-Pandemie stehen müssen.

SCHLAGLICHT: MENSCHENRECHTE STEHEN BEIM KAMPF GEGEN COVID-19 AN OBERSTER STELLE

Bei der aktuellen Pandemie stehen drei Rechte an oberster Stelle:

zum Schutz des Lebens

Wir kämpfen gegen COVID-19, um das Leben aller Menschen zu schützen. Die Berufung auf das Recht auf Leben erinnert uns daran, dass **alle Staaten die Pflicht haben, das menschliche**

auf der Welt sind die Gesundheitssysteme stark belastet, manche drohen zusammenzubrechen. Eine allgemeine Gesundheitsversorgung fördert leistungs- und widerstandsfähige Gesundheitssysteme, erreicht die Schwachen und fördert die Pandemievorsorge und -prävention. [Ziel 3 der Ziele für nachhaltige Entwicklung](#) beinhaltet die Zielvorgabe, eine allgemeine Gesundheitsversorgung zu erreichen.

Allgemein zugängliche, erschwingliche Gesundheitsversorgungssysteme helfen bei der Bekämpfung der Pandemie, indem sie allen Menschen diskriminierungsfreien Zugang zu grundlegenden Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus gewähren. Dazu gehören Tests, fachärztliche Behandlung der am stärksten gefährdeten Personen, intensivmedizinische Versorgung bei Bedarf und, sobald verfügbar, eine von der Zahlungsfähigkeit unabhängige Impfung. Als Reaktion auf die Pandemie haben einige Länder den Krankenversicherungsschutz auf alle Menschen in ihrem Land ausgedehnt; andere haben Vereinbarungen mit privaten Gesundheitsdienstleistern getroffen, damit diese ihre Einrichtungen im Rahmen der Pandemiebekämpfung zur Verfügung stellen.

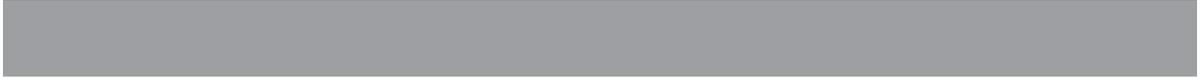
Bewegungsfreiheit als zentrale Herausforderung

Um das Virus einzudämmen und das Recht auf Leben zu schützen, muss die Infektionskette unterbrochen werden: Die Menschen müssen aufhören, sich von einem Ort zum anderen zu bewegen und miteinander zu interagieren. Die lichen Gesundheit, die die Staaten gegen COVID-19 ergriffen haben, ist die Einschränkung der Bewegungsfreiheit: durch Ausgangsbeschränkungen oder die Anweisung, zu Hause zu bleiben. Diese Maßnahme ist eine praktische und notwendige Methode, um die Übertragung des Virus zu stoppen, eine Überlastung der

Gesundheitsdienste zu verhindern und auf diese Weise Leben zu retten.

Allerdings können die Auswirkungen von Ausgangsbeschränkungen auf Arbeitsplätze, Lebensgrundlagen, den Zugang zu Dienstleistungen, einschließlich Gesundheitsversorgung, Nahrung, Wasser, Bildung und Sozialleistungen, die häusliche Sicherheit, einen ausreichenden Lebensstandard und das Familienleben schwerwiegend sein. Wie die Welt gerade feststellt, ist die Bewegungsfreiheit ein grundlegendes Recht, das zum Genuss vieler weiterer Rechte beiträgt.

Das Völkerrecht lässt zwar gewisse Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zu, auch aus Gründen der Sicherheit und im Fall eines nationalen Notstands, beispielsweise eines Gesundheitsnotstands,



Neben den Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit müssen wir uns auch mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen befassen

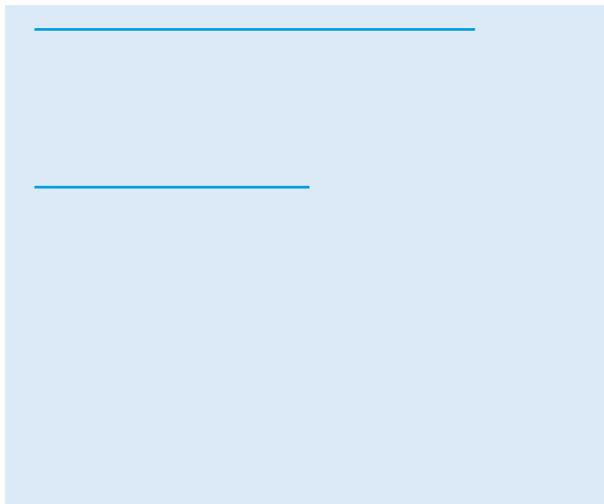
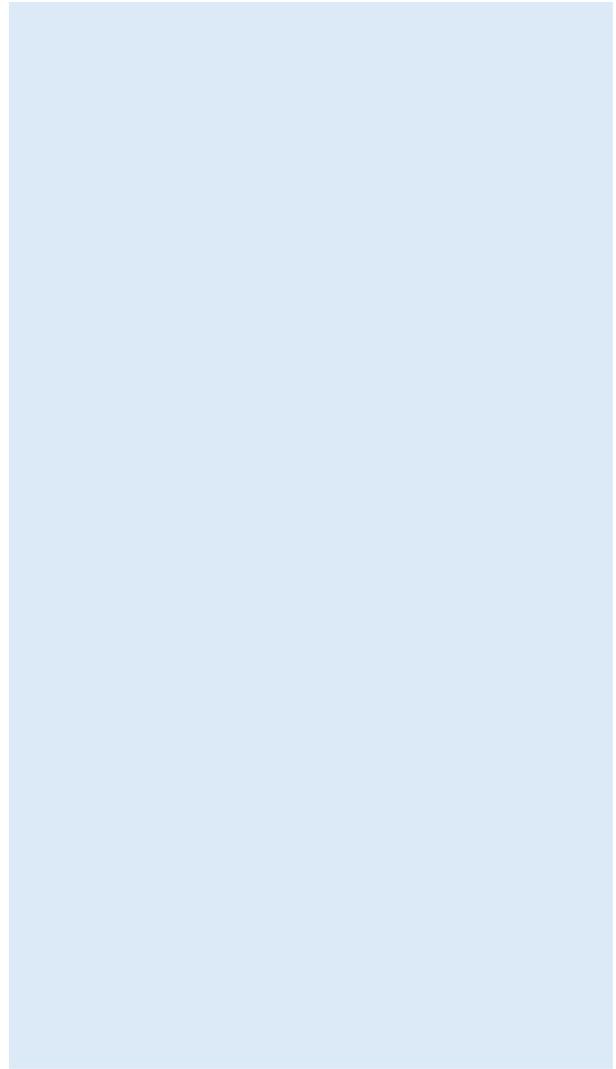
Die Regierungen konzentrieren sich mit Recht darauf, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und Leben zu retten – die Anzahl der Infektionen, Krankenhauseinlieferungen und Todesfälle ist erschreckend. Die auf Anraten von Gesundheitsfachleuten verordneten Maßnahmen zur Rettung von Leben zeigen inzwischen Wirkung. Doch zugleich haben sie auch negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, Existenzgrundlagen und den Lebensstandard der Menschen, auf Gemeinschaften und Familien. Ausgangsbeschränkungen bedeuten auch eingeschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln, Schulen, Arbeitsplätzen und Grundversorgungseinrichtungen. Es gibt weniger Unterstützung für ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen. Frauen schultern einen unverhältnismäßig hohen Anteil am resultierenden Schaden. Frauen wiederum haben ein Recht auf Gesundheit. Mit anderen Worten

Neue menschenrechtliche Herausforderungen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise auf das Leben der Menschen und ihre Existenzgrundlagen

Die vorliegende Analyse legt nahe, dass

– und viele Länder haben damit bereits begonnen. Doch die Auswirkungen der Krise auf diese Rechte sind real

Bereits jetzt leben weltweit Millionen von Menschen von der Hand in den Mund. Vor dieser @ghZ^ Vb `Zh] j \ `oj °9Zb dchig/i ¢cZc`Z\Zc° Ungleichheiten und sinkende Lebensstandards.



> Bereitstellung einer Notfall-Wasser-
versorgung in Elendsvierteln;

>

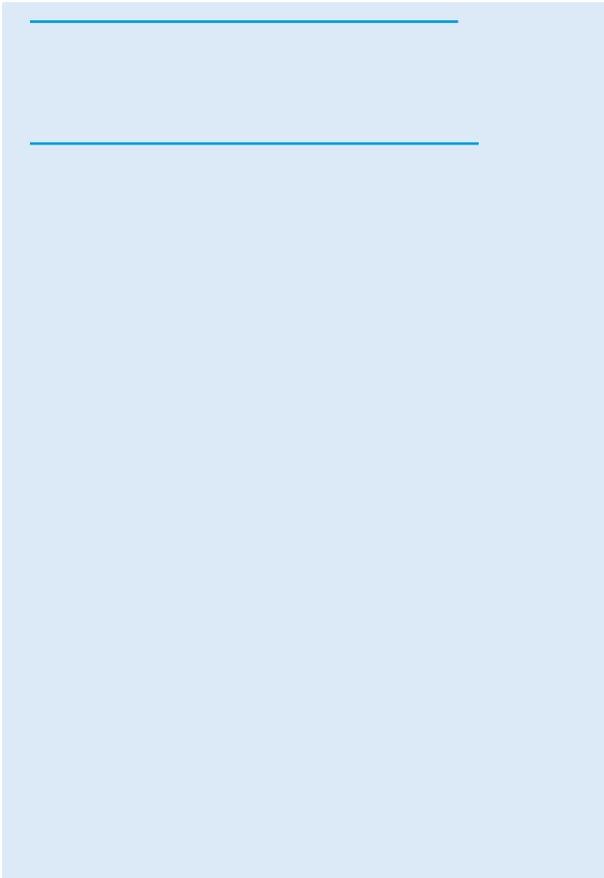
Inklusive Maßnahmen zur Bewältigung einer globalen Bedrohung, damit niemand zurückgelassen wird

Bei der Reaktion auf die Krise muss mehrfachen und sich überschneidenden Formen von Diskriminierung und Ungleichheiten Rechnung getragen werden, insbesondere auch der weit verbreiteten Ungleichstellung der Geschlechter. Darüber hinaus müssen wir uns aber auch verpflichten, deren Fortbestand nach der Krise zu verhindern.

Neue menschenrechtliche

Missbrauch sowie an Isolation ohne Zugang
zu grundlegenden Diensten und sind bei einer
JciZgWj c\`c`E Z\ZZ`cgX] ij c\Zc`Z`Zb °

Die Krise verschärft die Schwierigkeiten von [Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen](#), die bei der Inanspruchnahme gesundheitlicher Versorgung Stigmatisierung erleben und einem höheren Risiko von Gewalt und anderen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Es gibt Berichte, wonach Anordnungen im Zusammenhang

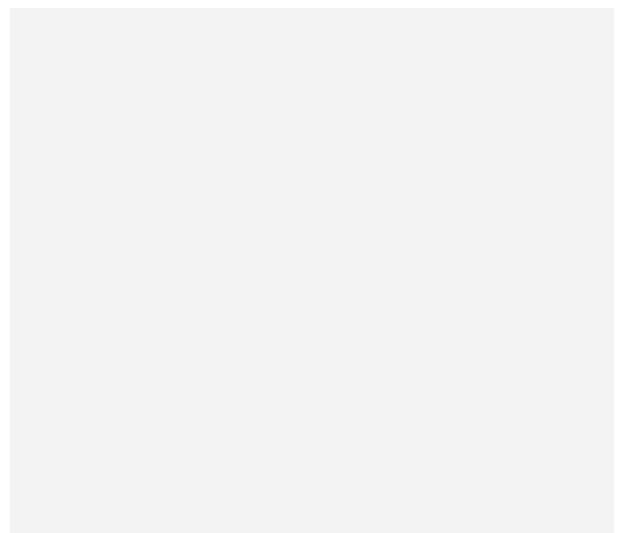


Es ist äußerst wichtig, dass aktuelle, zutreffende und faktenbasierte Informationen und unter anderem nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten frei zugänglich sind, damit diejenigen, die danach trachten, die Wirksamkeit des staatlichen Handelns zu überprüfen oder kritisch zu hinterfragen, ihre Rolle wahrnehmen können.

**Notstands- und Sicherheitsmaßnahmen, falls erforderlich,
müssen zeitlich begrenzt und verhältnismäßig sein und
den Schutz der Menschen zum Ziel haben**

geschlechtsspezifischer Gewalt auch wäh

Wir müssen jetzt gegen diejenigen vor



humanitäre Völkerrecht, dass medizinisches Personal und medizinische Einrichtungen geschützt werden, medizinische Versorgung bereitgestellt und humanitäre Hilfe für diejenigen, die sie benötigen, erleichtert wird. Die Achtung des humanitären Völkerrechts trägt letztlich zu den laufenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und zur Rettung von Leben bei.

Konflikte beteiligter Parteien müssen unter

Konfliktsituation den Grenzübertritt erlauben.

Für Länder, gegen die Sanktionen verhängt wurden, ist es schwierig, an Medikamente, medizinische Hilfe und persönliche Schutzausrüstung zu gelangen. Es ist wichtig, die außergewöhnlichen Umstände anzuerkennen und Sanktionen auszusetzen, die die Fähigkeit eines Landes beeinträchtigen können, die Pandemie zu bekämpfen.

Neue menschenrechtliche Herausforderungen bezüglich Frieden und Sicherheit sowie Rechtsstaatlichkeit

Diese Analyse legt nahe, dass die Staaten im Rahmen ihrer Krisenreaktion unter anderem Rechte in Bezug auf die Anwendung von Gewalt, Festnahmen und Inhaftierungen, faire Verfahren, den Zugang zur Justiz und Privatsphäre gewährleisten sollten. Die Grundprinzipien der Rechtmäßigkeit und der Rechtsstaatlichkeit müssen eingehalten werden. Doch das Vorgehen einiger Länder ist besorgniserregend, insbesondere:

- > „Notstände“, durch deren Ausrufung der Exekutive weitreichende Befugnisse mit

minimaler parlamentarischer Kontrolle erteilt werden, die nicht zeitlich begrenzt sind und Rechte außer Kraft setzen;

- > Notstandsgesetze, die vorgeblich speziell der Bekämpfung von COVID-19 dienen, aber leicht missbraucht werden können, darunter die Befugnis, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, und strafrechtliche Sanktionen gegen Menschen, die „Falschinformationen verbreiten“, was eine abschreckende Wirkung mit Blick auf das Recht der freien Meinungsäußerung haben kann;
- > übermäßige Gewaltanwendung, darunter Festnahmen und Inhaftierungen, um Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit durchzusetzen;
- > der Einsatz von Überwachungstechnologie zur Verfolgung von Personenbewegungen und Erhebung personenbezogener Informationen in einer Weise, die wenig Schutz vor missbräuchlicher Nutzung bietet.

Viele Staaten haben

SCHLAGLICHT: NOTSTANDSMASSNAHMEN

Die internationalen Menschenrechtsnormen erlauben die Außerkraftsetzung bestimmter Rechte im Falle eines Notstands, der das Leben der Nation bedroht. Der Notstand muss amtlich verkündet werden und derartige Schritte

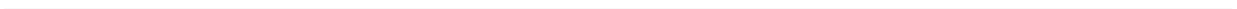
- dürfen das aufgrund der Dringlichkeit der Situation unbedingt erforderliche Maß nicht überschreiten;

- dürfen sonstigen völkerrechtlichen
- müssen zeitlich begrenzt sein und
- müssen nichtdiskriminierend sein.

Bestimmte Rechte, insbesondere das Recht auf Leben, dürfen nicht außer Kraft gesetzt werden.

Andere Staaten haben nicht formal den Notstand ausgerufen, aber dennoch Notfallmaßnahmen zur Bekämpfung des Virus ergriffen. Haben diese Maßnahmen Auswirkungen auf die Menschenrechte, müssen sie nicht-diskriminierend, gesetzlich vorgesehen, notwendig und verhältnismäßig in Bezug auf die Krise der öffentlichen Gesundheit sein.

Wenn und sobald ein Impfstoff verfügbar wird,
müssen wir dafür sorgen, dass er überall für alle
Menschen zugänglich ist.



Die Menschenrechte können dabei helfen, die von der Krise offenbarten Schwachstellen zu beheben

Entwicklung⁵ verfügen wir über einen vereinbarten Rahmenaktionsplan für die Zukunft.

Die Krise zeigt Versäumnisse bei der Achtung der Menschenrechte auf, die die Wirksamkeit der globalen und nationalen Maßnahmen deutlich schwächen. Dennoch müssen wir bei der Entwicklung unserer kurzfristigen Maßnahmen die Zukunft stets im Auge behalten.

Die Lehren aus dieser humanitären Krise können uns zu friedlicheren, gerechteren, inklusiveren und widerstandsfähigeren Gesellschaften verhelfen sowie zur Einlösung des in der Agenda '2030' für nachhaltige Entwicklung.

